

II-7007 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
Nr. 3555/J des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

1989-04-05

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dkfm. Bauer, Dr. Haider
 an den Bundesminister für Justiz
 betreffend Vorwürfe gegen hochrangige österreichische
 Politiker im Zusammenhang mit der "NORICUM" - Waffenaffäre

Die VOEST - Tochter Noricum lieferte im Jahre 1985 Kanonen und Munition an den kriegsführenden Iran. Zur Umgehung des Kriegsmaterialiengesetzes war diese Lieferung offiziell an Libyen adressiert, weswegen vom Bundesministerium für Inneres auch die Exportgenehmigung erteilt wurde.

Zeitungsbüchern zufolge hat der österreichische Botschafter in Athen, Herbert Amry, aufgrund von Informationen eines Waffenhandlers drei Telexe über das Irangeschäft nach Wien geschickt, die zumindest dem Bundeskanzleramt, dem Außenministerium, dem Innenministerium und dem Verstaatlichtenministerium zur Kenntnis gebracht wurden.

Wenige Tage später ist Botschafter Herbert Amry in Athen an einem "Herzinfarkt" gestorben.

Aber auch der frühere Verstaatlichtenminister Dkfm. Ferdinand Lacina hat Berichten zufolge von den Hintergründen dieses Geschäftes gewußt. So hat etwa Noricum-Direktor Ellmer ausgesagt, daß der ehemalige VOEST-Generaldirektor Apfalter mehrmals betont habe, "daß er in Wien bei Sinowatz rückfragen muß und auch Lacina und Blecha kontaktieren will."

Eine solche Mitwisserschaft des amtierenden Finanzministers ist nunmehr angeblich auch von einem zweiten Gesprächsteilnehmer bestätigt worden, der sich deutlich an folgende Worte von VOEST-Generaldirektor Apfalter erinnern könne: "Ich flieg 'eh mit dem Lacina nach Moskau, da besprechen wir das." (Wochenpresse Nr. 7/1989, Seite 15)

Nach anfänglichem Dementi hat der Finanzminister auch zugegeben, daß ihm der frühere Innenminister Karl Blecha bereits am 14. August 1985 die entsprechenden Telexe des Botschafters Herbert Amry gezeigt habe. Nach seiner Erinnerung hätten sich darin aber keine Verdachtsmomente für eine Lieferung in den Iran gefunden, insbesonders auch keine

Hinweise auf die zwischengeschaltete Firma "Fasami-Company." Diese Aussage des Finanzministers wird durch die Akten des Außenministeriums angeblich eindeutig widerlegt. Zeitungsberichten ist weiter zu entnehmen, daß der frühere Verstaatlichtenminister Dkfm. Ferdinand Lacina bereits am 19. August 1985 einen Bericht angefertigt hat, demzufolge das Waffengeschäft über die "Fasami-Company" abgewickelt worden sei (Profil 8/1989, Seite 28).

Darin wurde auch wiederholt der Verdacht geäußert, daß der frühere Verstaatlichtenminister Dkfm. Ferdinand Lacina im Jahre 1985 wissentlich den Waffenexport in den kriegsführenden Iran duldet, um mit dem Erlös die damals gerade aufgebrochene Verstaatlichtenkrise und eine mögliche politische Krise abzuwenden. Die Telexe des Botschafters Herbert Amry seien deswegen bewußt der Justiz vorenthalten worden, weswegen die Staatsanwaltschaft im April 1986 das Verfahren gegen Verantwortliche der Firma Noricum einstellen mußte.

Nun soll sich im "NORICUM" - Waffenskandal ein dramatischer Wettlauf mit der Zeit anbahnen. Wenn der Monsterprozeß nicht bis zum Sommer nächsten Jahres durchgeführt werden kann, drohen mögliche Straftaten von Spaltenpolitikern zu verjähren, obwohl seit Herbst 1988 ein Vorhabensbericht der Staatsanwaltschaft betreffend "NORICUM" und Politikerinvolvierung im Justizministerium vorliegt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e :

1. Sind Ihnen die Vorwürfe, die in verschiedenen Medienberichten wiederholte Male gegen hochrangige Politiker in Zusammenhang mit der "Noricum"-Affäre gemacht wurden, bekannt?

2. Welche rechtlichen Schritte haben Sie gegen diesbezüglich-involvierte Politiker bisher unternommen?
3. Die Verjährung "möglicher" Straftaten von hochrangigen Politikern und ein seit Herbst 1988 im Ministerium liegender nicht behandelter Vorhabensbericht der Staatsanwaltschaft stehen im krassen Widerspruch. Läßt diese Konstellation nicht den berechtigten Vorwurf einer schiefen Optik entstehen und ist in diesem Zusammenhang nicht berechtigterweise der Verdacht der politisch motivierten Prozeßverschleppung zu äußern?